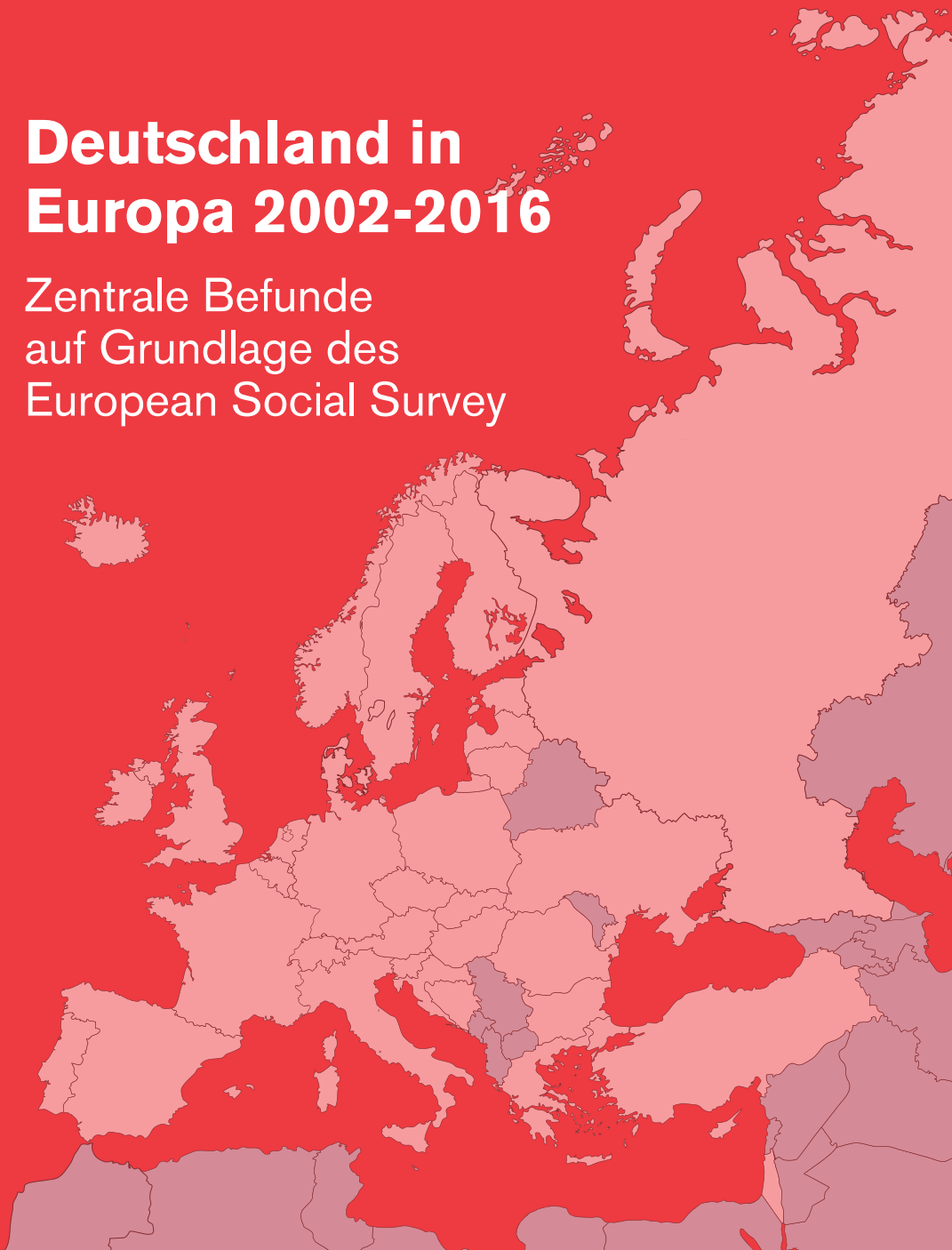


Deutschland in Europa 2002-2016

Zentrale Befunde
auf Grundlage des
European Social Survey



Der European Social Survey

Beim European Social Survey (ESS) handelt es sich um eine länderübergreifende, sozialwissenschaftliche Umfrage, die 2002 erstmals erhoben wurde und seitdem im Abstand von zwei Jahren in Form von face-to-face Interviews stattfindet. Ziel des ESS ist es, die Einstellungen und zentralen Verhaltensmuster in möglichst vielen europäischen Ländern zu messen, um sie sowohl im Länder- als auch im Zeitvergleich besser zu verstehen. Bisher haben 36 Länder am European Social Survey teilgenommen, wovon etwa die Hälfte an sechs oder mehr der im Zeitraum 2002-2016 durchgeführten acht Runden mitgewirkt hat. Der Fragebogen umfasst einerseits Themen von andauernder Relevanz, wie z.B. die allgemeine Lebenszufriedenheit, das Vertrauen in die Politik und die Relevanz von Religion, andererseits

enthält er von Runde zu Runde wechselnde Themenmodule zu aktuellen gesellschaftlichen Fragen. Diese bilden beispielsweise Einstellungen gegenüber Immigrant*innen (2002 und 2014) oder gesundheitliche Ungleichheiten (2014) ab. Ziel des ESS ist es, Wandel und Kontinuität in den Gesellschaften Europas möglichst präzise zu erfassen und zu erklären.

Die gewonnenen Daten sind auf der Website des ESS unter www.europeansocialsurvey.org für nicht-kommerzielle Zwecke frei zugänglich, wo sie auch mithilfe eines Online Analysetools untersucht werden können.

Empfohlene Zitation dieser Broschüre: Schnaudt, C., Hochman, O., Ludwig, S. und Mertens, M. (2020). Deutschland in Europa 2002-2016: Zentrale Befunde auf Grundlage des European Social Survey. London: ESS ERIC.

Deutschland in Europa 2002-2016: Zentrale Befunde auf Grundlage des European Social Survey

Christian Schnaudt, Oshrat Hochman, Sandra Ludwig und Maila Mertens

Einleitung

Wie sehr vertrauen Sie der Politik? Wie viele Freund*innen haben Sie, mit denen Sie über intime Dinge sprechen können? Wie zufrieden sind Sie mit der Wirtschaftslage? Fragen wie diese helfen der Sozialforschung dabei, Einstellungen und Werte zu messen, die Menschen in ihrem Handeln beeinflussen. Diese unterscheiden sich sowohl von Person zu Person als auch zwischen Gesellschaften bzw. Ländern und verändern sich über die Zeit. Ihre wissenschaftliche Beobachtung ist von großer Relevanz, denn sie ermöglicht ein besseres Verständnis von einzelnen Gesellschaften sowie großen Einheiten wie der europäischen Union.

Diese Broschüre dient der Gesamtschau einiger zentraler politischer, gesellschaftlicher und normativer Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger*innen in Deutschland und Europa und beleuchtet deren Entwicklung seit Beginn des European Social Surveys (ESS) im Jahr 2002. Dafür werden acht Runden der Umfrage genutzt. Der Fokus liegt auf drei grundlegenden Teilbereichen der Gesellschaft: Wirtschaft, Soziales und Politik. Nach einem Blick auf die Entwicklungen in Deutschland werden diese in den Gesamtkontext Europas eingeordnet. Für eine möglichst einheitliche Vergleichsgrundlage werden für den Gesellschaftsvergleich nur die Länder miteinbezogen, die an mindestens sechs der ersten acht Runden des ESS teilgenommen haben. Diese werden zudem in vier Ländergruppen unterteilt, um die Darstellungen anschaulicher zu gestalten. Dabei setzt sich Nordeuropa

aus Schweden, Finnland, Dänemark und Norwegen zusammen, Westeuropa aus den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Österreich, Großbritannien, Irland und der Schweiz, zu Südeuropa zählen Spanien und Portugal und zu Osteuropa Polen, Ungarn, Slowenien, Estland sowie die Tschechische Republik. Dieses Vorgehen ermöglicht einen systematischen Vergleich der Entwicklungen in Deutschland mit jenen anderer Ländergruppen im o.g. Zeitraum.

Innerhalb der drei gesellschaftlichen Teilbereiche Wirtschaft, Soziales und Politik erfolgt außerdem, soweit möglich, ein Abgleich der individuellen Einstellungen und Verhaltensweisen (Mikroebene) mit Indikatoren der Makroebene. Hiermit sind strukturelle und institutionelle Gegebenheiten oder offizielle Statistiken wie bspw. die Anzahl politischer Parteien im Parlament oder die Arbeitslosenquote gemeint. Durch diese Unterteilung soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern sich die objektiv beobachtbaren Gegebenheiten der Länder Europas in den individuellen Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger*innen widerspiegeln. Gehen beispielsweise Veränderungen in den Einstellungen der Bevölkerung gegenüber Immigrant*innen mit einer steigenden Zahl an Zuwander*innen einher? Zeigt sich eine abnehmende Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage bei steigender Arbeitslosigkeit oder Inflation? Fragen wie diese sollen im Rahmen der vorliegenden Broschüre näher betrachtet und die Entwicklung Deutschlands im Zeitraum 2002-2016 in den Kontext anderer europäischer Länder eingebettet werden.

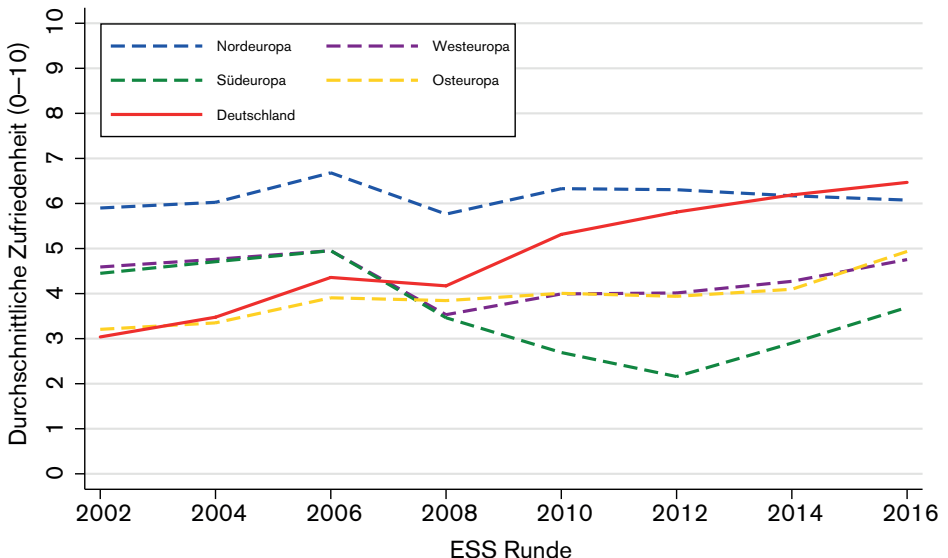
Wirtschaft

Wirtschaftliche Lage in Deutschland hat sich verbessert

Der Teilbereich Wirtschaft lässt sich in die generelle wirtschaftliche Performanz der nationalen Ökonomien sowie die Verteilung von erwirtschafteten Leistungen innerhalb der Gesellschaften untergliedern. Generell zeichnet sich Deutschland im untersuchten Zeitraum durch eine stabile wirtschaftliche Entwicklung aus. Das Bruttoinlandsprodukt ist seit 2002 konstant gestiegen und liegt über dem Durchschnitt der Europäischen Union (vgl. OECD, 2018a).¹ Zudem ist die Arbeitslosenquote seit 2005 deutlich gesunken und erreichte 2016 den bisher mit Abstand tiefsten Wert (vgl. Bundesagentur für Arbeit, n.d.).²

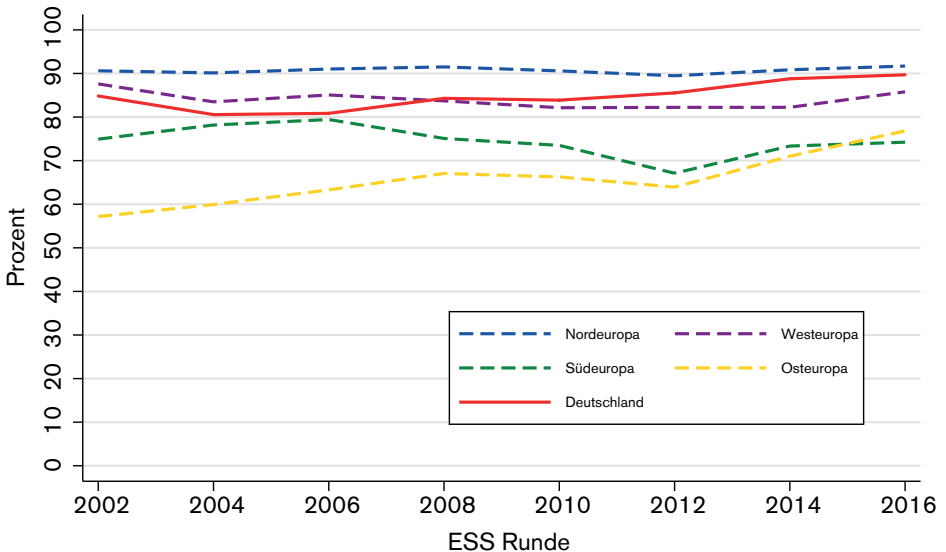
Im Haushaltseinkommen der Deutschen macht sich diese Entwicklung bisher nur mäßig bemerkbar, denn von 2002 bis 2016 hat sich die jährliche Wachstumsrate hier nur gering verbessert. Seit 2010 liegt sie geringfügig über dem EU-Durchschnitt (vgl. OECD, 2018b).³ Auch hinsichtlich der Inflation zeigte sich in Deutschland lediglich zwischen 2008 und 2009 ein wirtschaftlicher Einbruch als Konsequenz aus der Finanzkrise. Danach erholte sich die Lage wieder (vgl. OECD, 2018c).⁴ Auch in den anderen Ländern Europas hatte die Finanzkrise ab 2007 eine sichtbare Auswirkung. Allerdings waren Länder wie Spanien oder Irland deutlich stärker betroffen als Deutschland.

Abb. 1: Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage



Frage: 'Wie zufrieden sind Sie –alles in allem– mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage in [Land]?'
 Anmerkungen: ESS 2002–2016, gewichtete Daten ('pspwght' für DE, 'pspwght' & 'pweight' für Ländergruppen).

Abb. 2: Beurteilung des gegenwärtigen HH-Einkommens



Frage: 'Was beschreibt am besten, wie Sie Ihr gegenwärtiges Haushaltseinkommen beurteilen?'
 Anmerkungen: Anteil an Befragten, die 'ich komme zurecht' oder 'ich kann davon bequem leben', angeben.
 ESS 2002–2016, gewichtete Daten ('pspwght' für DE, 'pspwght' & 'pweight' für Ländergruppen).

Zunehmende Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation Deutschlands

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa spiegelt sich auch in den Einstellungen der Menschen wider. Wie Abb. 1 zeigt, brach die Zufriedenheit mit der aktuellen Wirtschaftslage 2008 in den meisten Ländern ein. Die Befunde für Osteuropa weichen von diesem Trend ab und deuten eher auf eine Stagnation als einen Rückgang der wirtschaftlichen Zufriedenheit hin. Dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern weniger unter der Finanzkrise gelitten hat, zeigt sich daran, dass die wirtschaftliche Zufriedenheit der Deutschen nur relativ kurz zwischen 2006 und 2008 stagnierte und bereits ab 2010 wieder konstant anstieg. Hinsichtlich der Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation ihres Landes korrespondieren

die Einstellungen der deutschen Befragten also durchaus mit den tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklungen.

Während sich die Frage nach der wirtschaftlichen Zufriedenheit auf die Einschätzung der Befragten zur Situation Deutschlands oder Europas insgesamt bezieht, so spiegelt sie nicht wider, wie die Befragten ihre subjektive wirtschaftliche Lage bewerten. Hierzu liefert der ESS eine Frage danach, wie gut oder schlecht man mit dem gegenwärtigen Haushaltseinkommen zurechtkommt. Ein Blick auf die Antworten der deutschen Befragten zeigt, dass es sich seit 2006 scheinbar immer komfortabler mit dem Haushaltseinkommen leben lässt. In Abb. 2 ist der prozentuale Anteil derjenigen dargestellt, die angeben, mit ihrem gegenwärtigen Haushaltseinkommen zurechtkommen oder sogar bequem davon

leben zu können. In Deutschland stieg der Anteil dieser Gruppe zwischen 2006 und 2016 von bereits sehr hohen 80% auf 90%.

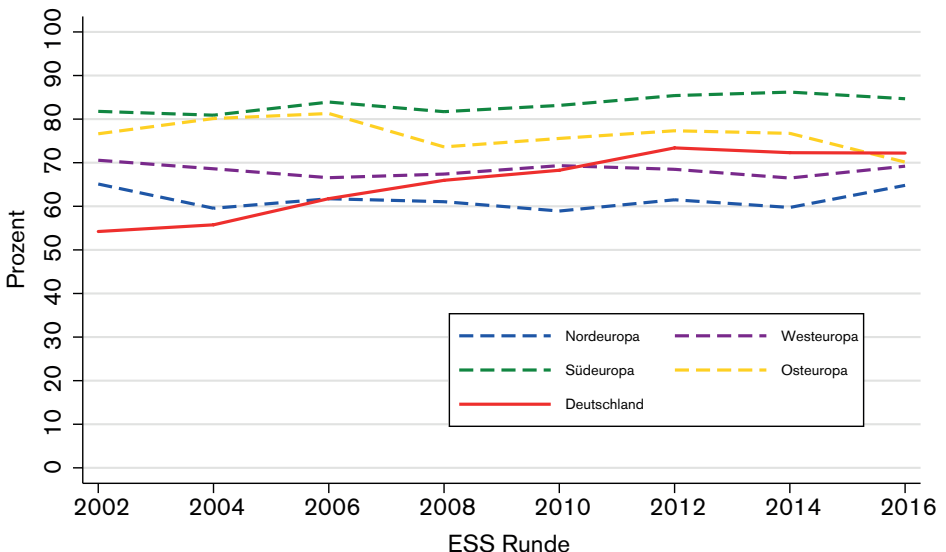
Damit befinden sich die Bürger*innen Deutschlands seit 2012 auf einer Stufe mit anderen nord- und westeuropäischen Ländern, nachdem in 2004 und 2006 lediglich Ungarn, Polen, Estland und Portugal pessimistischere Bewertungen gegenüber ihrem Haushaltseinkommen abgaben (Ergebnisse nicht dargestellt).

Starker Wunsch nach Maßnahmen zur Verringerung von Einkommensunterschieden

Neben der allgemeinen Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage ist die Wahrnehmung von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ungleichheit in den letzten Jahren zu einem zentralen Thema geworden. Um

vorhandene Einkommensungleichheiten in einer Gesellschaft zu messen, stehen eine Vielzahl von Indikatoren zur Verfügung, von denen der Gini-Koeffizient zu den gebräuchlichsten gehört. Dabei handelt es sich um ein statistisches Maß, das die Ungleichverteilung von Ressourcen in einer Gesellschaft abbildet. Der Index liegt zwischen 0 und 1, wobei der Wert 0 die absolute Gleichverteilung, der Wert 1 die höchstmögliche Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen angibt. Im europäischen Vergleich sind Daten zum Gini-Koeffizienten ab 2005 verfügbar (vgl. Eurostat 2020).⁵ Mit einem Gini-Koeffizienten zwischen 0,261 (2005) und 0,295 (2016), basierend auf dem verfügbaren Äquivalenzeinkommen, befindet sich Deutschland knapp unter dem Durchschnitt der Europäischen

Abb. 3: Der Staat sollte Einkommensunterschiede verringern



Frage: 'Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu verringern.'
 Anmerkungen: Anteil an Befragten, die 'stimme stark zu' oder 'stimme zu' angaben.
 ESS 2002–2016, gewichtete Daten ('pspwght' für DE, 'pspwght' & 'pweight' für Ländergruppen).

Union, während Großbritannien von den hier untersuchten Ländern weitgehend konstant die größten Ungleichverteilungen aufweist. Zur Überprüfung, ob sich objektive Vermögensverteilungen auch in den individuellen Einstellungen der Bürger*innen widerspiegeln, eignet sich vor allem die im ESS enthaltene Frage, ob der Staat Maßnahmen ergreifen sollte, um Einkommensunterschiede zu verringern. Der Anteil der Befragten, die dieser Aussage zustimmen oder stark zustimmen, ist in Abb. 3 dargestellt.

Im Gesamtzeitraum von 2002 bis 2016 zeigt sich in Deutschland eine zunehmende Zustimmung, dass der Staat Maßnahmen ergreifen sollte, um Einkommensunterschiede zu verringern. Zu Beginn des ESS lag die Zustimmung der Deutschen im Ländervergleich zunächst im unteren Bereich (circa 50%), hat sich im Laufe der letzten Jahre jedoch bis auf knapp über 70% im Jahr 2016 erhöht. Am höchsten fällt die Zustimmung konstant in Südeuropa aus, wo sie seit 2002 durchgängig bei über 80% liegt.

Einen weiteren Mikro-Indikator liefern die ESS Erhebungen aus 2008 und 2016, die ein Modul zu den Einstellungen der Bürger*innen gegenüber Wohlfahrtsstaatlichkeit enthalten. Der Aussage, dass die Unterschiede im Lebensstandard der Menschen gering sein sollten, damit eine Gesellschaft gerecht ist, stimmten 2016 in Deutschland etwa 61% der Befragten zu, was im Vergleich zu 2008 eine Steigerung um circa vier Prozentpunkte bedeutet. In fast allen teilnehmenden Ländern liegt die Zustimmung kaum verändert bei über 50%, lediglich die Niederlande liegen darunter (Ergebnisse nicht dargestellt).

Hinsichtlich der Analyse des Themenbereichs soziale Ungleichheit lässt sich künftig auch mithilfe von Daten der neunten Runde des ESS (2018) vertiefend ansetzen: das darin

enthaltene spezifische Modul beschäftigt sich explizit mit Fragen zu Fairness und sozialer Gerechtigkeit.

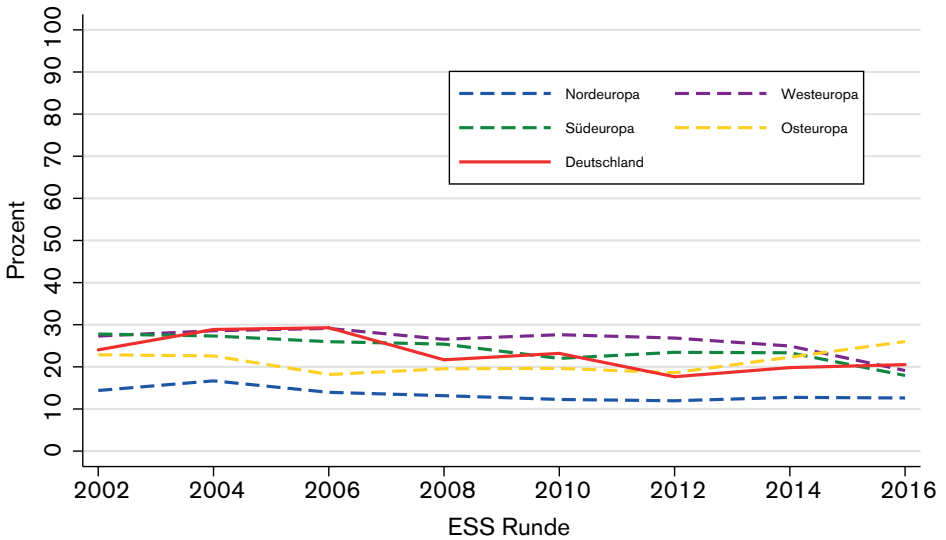
Noch immer unterschiedliche Einkommen für Männer und Frauen

Neben allgemeinen Ungleichverteilungen existieren zudem Unterschiede im Einkommen, die auf das Geschlecht zurückzuführen sind. Diese Unterschiede können mithilfe des „Gender Wage Gap“, einem Maß geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede, näher untersucht werden (vgl. OECD, 2018d).⁶

Dieser hat sich in Deutschland relativ konstant gehalten und lag über den Zeitraum von 2002 bis 2016 zwischen 14,1 (2013) und 21,9 (2004). Damit liegt Deutschland im europäischen Vergleich eindeutig im oberen Bereich der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede, genauso wie Großbritannien und Finnland. Belgien und Dänemark hingegen weisen einen vergleichsweise geringen Lohnunterschied auf. Der Durchschnitt der Mitgliedsstaaten der EU lag in diesem Zeitraum immer über den deutschen Werten. In den meisten der miteinbezogenen Länder ist der geschlechtsspezifische Lohnunterschied seit Beginn des ESS zurückgegangen, auch wenn der europäische Durchschnitt auf lange Sicht nur eine sehr geringe Veränderung zeigt.

Diese Entwicklung könnte für Veränderungen in der Einstellung der Befragten verantwortlich sein; der Aussage „Wenn Arbeitsplätze knapp sind, sollten Männer mehr Recht auf einen Arbeitsplatz haben als Frauen“ stimmten 2010 insgesamt knapp 10% weniger Befragte zu als 2004. Auch in Deutschland zeigt sich eine klare Änderung: der Anteil derer, die diese Aussage stark ablehnen, stieg um knapp 15% (Ergebnisse nicht dargestellt).

Abb. 4: Auswirkungen von Immigration auf das eigene Land



Frage: 'Wird [Land] durch Zuwanderer zu einem schlechteren oder besseren Ort zum Leben?'

Anmerkungen: Anteil an Befragten, die meinen, dass das eigene Land zu einem schlechteren Ort wird (Werte 0–3 auf der Skala von 0–10).

ESS 2002–2016, gewichtete Daten ('pspwght' für DE, 'pspwght' & 'pweight' für Ländergruppen).

Soziales

Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Entwicklungen und Herausforderungen

Das Vorhandensein eines inneren Zusammenhaltes ist für eine Gesellschaft zweifelsfrei von zentraler Bedeutung. Ein Zusammenspiel von Maßnahmen erhält diesen aufrecht und verhindert seine Gefährdung durch eine Polarisierung oder Desintegration der Gesellschaft. Eine Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern stellt die anhaltende „Flüchtlingsdebatte“ dar, die in Europa zu den meistdiskutierten Themen der letzten Jahre gehört. Finden sich Polarisierungstendenzen in den Einstellungen gegenüber Immigrant*innen und deren Eingliederung, so birgt dies

Gefahr für den Zusammenhalt und die Solidarität in der Gesellschaft. Daher ist es sinnvoll, einen Blick auf die Einstellung der Europäer*innen und der Deutschen gegenüber Immigrant*innen zu werfen – gehen die Einstellungen zur Auswirkung von Immigration auf das Land stark auseinander oder findet sich ein eher homogenes Meinungsbild? Der Zusammenhalt einer Gesellschaft wird ferner durch fortschreitende Individualisierungsprozesse, sich wandelnde Wertorientierungen sowie den Rückgang sozialer Kontakte beeinflusst. Nach Betrachtung der Debatte um Immigrant*innen werden deshalb auch Befunde zur Individualisierung von Lebenslagen und der sich ändernden Bedeutung von Religiosität in Deutschland und Europa genauer betrachtet werden.

Zuwanderungsland Bundesrepublik

Der Umgang mit der Ankunft einer hohen Zahl von Immigrant*innen aus Kriegsgebieten oder Ländern mit inhumanen Lebensbedingungen beschäftigt sowohl die einzelnen europäischen Staaten als auch die EU als politische Einheit. Im Folgenden soll daher ein Blick auf die Einstellungen der Befragten gegenüber Immigrant*innen geworfen und die vorhandenen Einstellungsmuster mit offiziellen Statistiken zu Immigration abgeglichen werden, also z.B. mit den tatsächlichen Zahlen zu Zuwanderung. Zu den Einstellungen gegenüber Immigration finden sich im ESS mehrere Variablen, die über alle Runden hinweg abgefragt wurden. Unter anderem soll von den Befragten bewertet werden, ob das eigene Land durch Zuwander*innen zu einem besseren oder schlechteren Ort zum Leben wird.

Die tatsächliche Zahl der Immigrant*innen stieg in Deutschland seit 2012 an. Einen deutlichen Höhepunkt gab es im Jahr 2016, in dem über eine Million Immigrant*innen nach Deutschland kamen (vgl. Eurostat, 2018).⁷ Vor 2012 war die Zahl der Zuwander*innen allerdings lange relativ niedrig. Im europäischen Vergleich verzeichnete Deutschland in den Jahren 2012 bis 2016 eine vergleichsweise hohe Immigration. Dieser Umstand könnte folglich auch einen Einfluss auf die Einstellungen der Deutschen gegenüber Zugewanderten haben, da die erhöhte Anzahl an Immigrant*innen unterschiedliche Reaktionen hervorruft. Als Beispiele sind Skepsis, ob alle Immigrant*innen mit den vorhandenen Ressourcen versorgt werden können, denkbar, oder aber eine Verringerung von Vorurteilen durch erhöhten Kontakt, wie es die sog. „Kontakthypothese“ nahelegt. Ein Blick auf die Daten des ESS veranschaulicht die Einschätzungen der Befragten, ob Deutschland durch Immigrant*innen zu einem

schlechteren oder einem besseren Ort zum Leben wird. Abb. 4 zeigt den prozentualen Anteil derjenigen, die der Meinung sind, dass das eigene Land durch Zugewanderte zu einem schlechteren Ort wird.

Insgesamt ist der Anteil der Befragten im Zeitraum 2002-2016 von knapp 25% auf 20% gesunken. Zu Beginn des ESS 2002 herrschte in Deutschland die neutrale Meinung vor, dass Immigrant*innen Deutschland weder zu einem besseren noch zu einem schlechteren Ort zum Leben machen. Im Jahr 2006 stieg der Anteil derjenigen, die einen negativen Einfluss sehen, auf einen Höchstwert von 30%. Zwischen 2006 und 2012 zeigte sich eher eine entgegengesetzte Entwicklung, die auf ein besseres Leben durch Zuwanderung hinweist und bei der der Anteil der hier abgebildeten Gruppe stark zurückging. Ab 2012 gewann jedoch wieder eine pessimistischere Einstellung der Befragten gegenüber dem Einfluss von Zuwander*innen an Zuwachs.

Beim Abgleich der Entwicklungen der individuellen Einstellungen mit den zuvor skizzierten tatsächlichen Zahlen zur Einwanderung lässt sich kein einheitlicher Zusammenhang feststellen, der sich auf alle Runden anwenden ließe. Zeitgleich mit dem Rückgang an Zuwander*innen verbreitete sich in Deutschland eine negativere Einstellung gegenüber diesen, was die Vermutung nahelegt, dass erhöhter Kontakt zu verminderten Vorurteilen führt und eine optimistischere Einstellung zur Folge hat (vgl. Kontakthypothese). Ab 2012 zeigt sich jedoch eine gegensätzliche Entwicklung: während die Zahlen der Zuwander*innen in diesem Zeitraum relativ deutlich anstiegen, wuchs auch die Zahl der Deutschen, deren Ansicht nach Immigrant*innen das Land zu einem schlechteren Ort machen, leicht an.

Die Ergebnisse weisen auf der einen

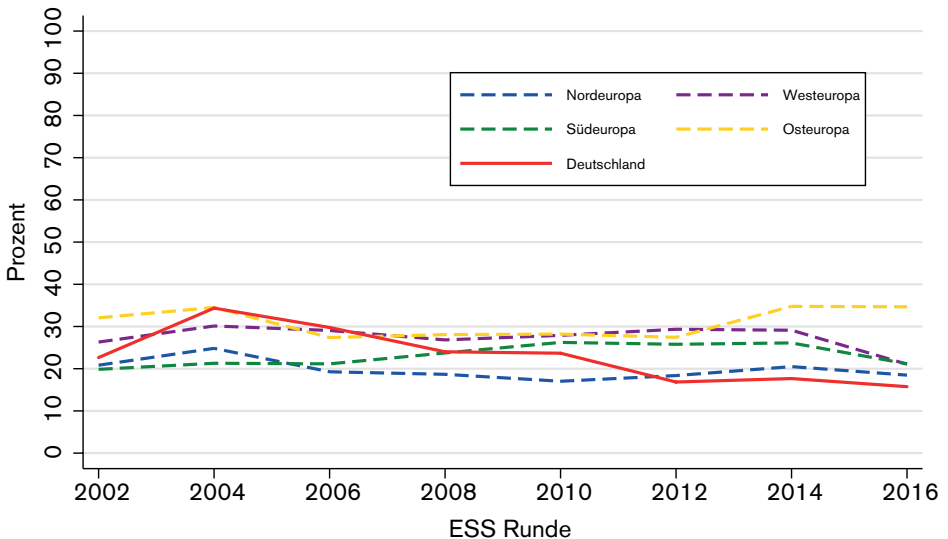
Seite auf einen Zusammenhang zwischen der Anzahl an Zugewanderten in einem Land und der Einstellung der jeweiligen Bevölkerung gegenüber Immigrant*innen hin. Sie zeigen aber auch, dass die Anzahl an Immigrant*innen sicherlich nicht der einzige Auslöser ist. Andere Faktoren könnten beispielsweise Rahmenbedingungen wie die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik oder der Umgang der Massenmedien mit diesem Thema sein.

Um die Vermutung einer möglichen Polarisierung in den Einstellungen gegenüber Immigration zu überprüfen, wurden zusätzlich die beiden Extremgruppen miteinander verglichen (Ergebnisse nicht dargestellt). Hierbei wird deutlich, dass keine klare Spaltung der Meinungen stattgefunden hat. Während die Gruppe derer, die auf der 11-Punkt Skala einen Wert von 0-2

angaben, annähernd gleich blieb, stieg der Anteil derjenigen, die einen Wert von 8-10 angaben, um etwa fünf Prozentpunkte an.

Im europäischen Vergleich haben sich die Einstellungen der Deutschen hinsichtlich der Auswirkungen von Immigration im Zeitverlauf also von einer eher skeptischen hin zu einer positiveren Haltung entwickelt. Am positivsten sind die Einstellungen in Nordeuropa, wohingegen jene in Osteuropa eine zunehmende Skepsis suggerieren (Abb. 4). Die Menschen in Ungarn bewerteten den Einfluss von Immigrant*innen 2012 und 2014 am schlechtesten: auf der 11-Punkt Skala gaben sie im Durchschnitt eine 3,5 an. Durch eine positive Einstellung gegenüber Immigrant*innen zeichneten sich in der letzten Runde des ESS in erster Linie vor allem nordeuropäische Länder wie Schweden aus (Ergebnisse nicht dargestellt).

Abb. 5: Auswirkungen von Immigration auf die Wirtschaft



Frage: 'Was würden Sie sagen, ist es im Allgemeinen gut oder schlecht für die [nationale] Wirtschaft, dass Zuwanderer hierher kommen?'
 Anmerkungen: Anteil an Befragten, die meinen, dass Immigration schlecht für die Wirtschaft ist (Werte 0–3 auf der Skala 0–10).
 ESS 2002–2016, gewichtete Daten ('pspwght' für DE, 'pspwght' & 'pweight' für Ländergruppen).

Zunehmend positiver Blick auf wirtschaftlichen Einfluss von Zuwanderung

Neben dem Einfluss auf die Gesamtdynamik eines Landes kann es aufschlussreich sein, die eingeschätzte Auswirkung von Immigration auf die nationale Wirtschaft zu analysieren. Hierdurch wird erneut beleuchtet, ob Zuwanderung positiv oder negativ angesehen wird, insbesondere in Bezug auf Möglichkeiten der Ressourcenverteilung. Stellen Immigrant*innen aus Sicht der Befragten eine Bereicherung für den Arbeitsmarkt dar oder beanspruchen sie Ressourcen, die an anderen Stellen fehlen?

Hier zeigt sich in Deutschland eine sehr ähnliche Entwicklung wie bei der zuvor erläuterten generellen Frage, ob Immigrant*innen ein Land zu einem schlechteren oder besseren Lebensort machen. Auch hier wurde der Anteil derer, die Immigration als schlecht für die Wirtschaft ansehen, insgesamt etwas kleiner und die Gruppe, die einen positiven Einfluss von Immigration auf die Wirtschaft sieht, gewann an 15 Prozentpunkten. Die in Abb. 5 dargestellten Daten bestätigen, dass deutsche Befragte seit 2004 einen zunehmend positiven Einfluss von Zuwanderung auf die Wirtschaft sehen. Durch den starken Rückgang derjenigen, die einen schlechten Einfluss sehen, liegen die deutschen Ergebnisse im europäischen Vergleich zuletzt klar im immigrationsfreundlichen Bereich Europas, während osteuropäische Länder den Einfluss von Immigrant*innen auf ihre Wirtschaft am pessimistischsten bewerten.

Bezüglich der Tatsache, dass in den letzten Jahren vermehrt – wenn auch niedrigschwellig – die Meinung auftrat, dass Immigrant*innen Deutschland zu einem schlechteren Ort zum Leben machen, kann somit gesagt werden, dass die Gründe dafür von mehr Faktoren abzuhängen scheinen als allein der Skepsis gegenüber den wahrgenommenen negativen wirtschaftlichen Folgen.

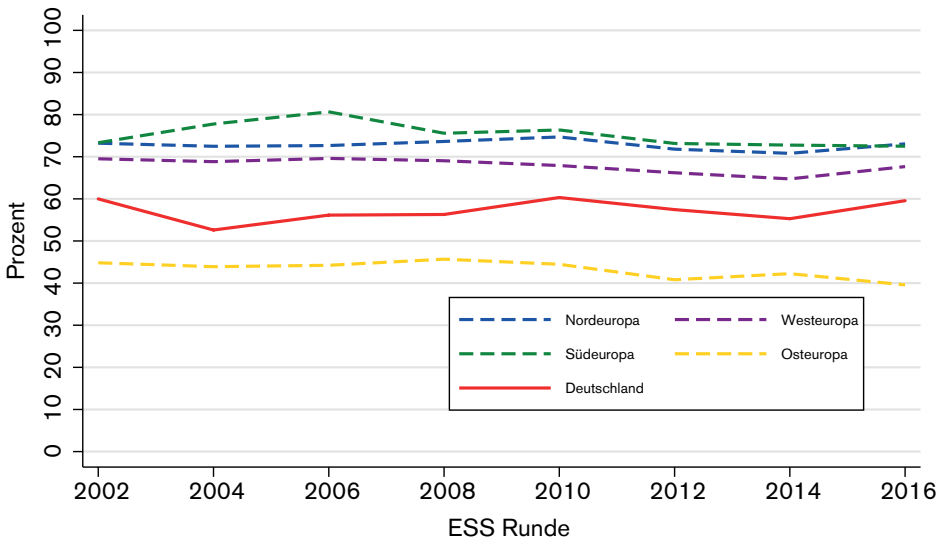
Individualisierung von Lebenslagen?

Der gesellschaftliche Zusammenhalt eines Landes wird ebenfalls durch voranschreitende Individualisierungsprozesse innerhalb moderner Gesellschaften beeinflusst. In den späten 1980ern formulierte u.a. der Soziologe Ulrich Beck eine These zur Individualisierung der Lebensführung. Demnach vollzieht sich seit einiger Zeit ein langfristiger gesellschaftlicher Wandel, in dem ein selbstbestimmtes Leben und Selbstverwirklichung für das Individuum in den Vordergrund rücken, während die Fremdbestimmung durch beispielsweise die Politik an Bedeutung verliert (vgl. Beck 1986).⁸ Infolgedessen öffnete sich für das Individuum – insbesondere in modernen Wohlstandsgesellschaften – eine Vielzahl neuer Möglichkeiten, was dessen Entscheidungen bezüglich der Lebensführung angeht. Gleichzeitig geht man davon aus, dass zunehmende Individualisierung auf lange Sicht auch die Gefahr gesellschaftlicher Isolation birgt, da soziale Kontakte für das Individuum immer unwichtiger werden (vgl. Putnam 2000).⁹ Eine Möglichkeit zur Überprüfung der These einer sich individualisierenden Lebensführung sowie des Rückgangs sozialer Bindungen bieten die im ESS enthaltenen Fragen nach sozialen Kontakten und dem Vertrauen in andere Menschen. Folgt man der Individualisierungsthese, lässt sich annehmen, dass das Ausmaß an engen sozialen Kontakten und das Vertrauen in andere Menschen im Zeitverlauf zurückgegangen sind. Ein Blick auf die Daten des ESS zeigt, dass sich die Anzahl an Treffen mit Freund*innen, Verwandten und Kolleg*innen in Deutschland seit 2002 nur geringfügig verändert hat und in den letzten Jahren eine leicht steigende Tendenz zeigt (Abb. 6). Im Durchschnitt gaben die

deutschen Befragten an, sich einmal in der Woche mit Freund*innen, Verwandten oder Kolleg*innen zu treffen, während der Durchschnitt in Portugal mit mehreren Treffen pro Woche am höchsten liegt und in Ungarn mit mehreren Treffen im Monat am geringsten ausfällt (Ergebnisse nicht dargestellt). Betrachtet man die fünfzehn Länder, die an den ersten acht Runden des ESS teilgenommen haben, ist ersichtlich, dass der Anteil derer, die sich weniger als einmal pro Woche treffen, von 2002 zu 2016 gestiegen ist, während der Anteil der Befragten, bei denen solche Treffen häufiger als einmal pro Woche stattfinden, leicht zurückgegangen ist. Diese Entwicklungen liefern Hinweise auf einen Rückgang sozialer Kontakte im gesamteuropäischen Kontext.

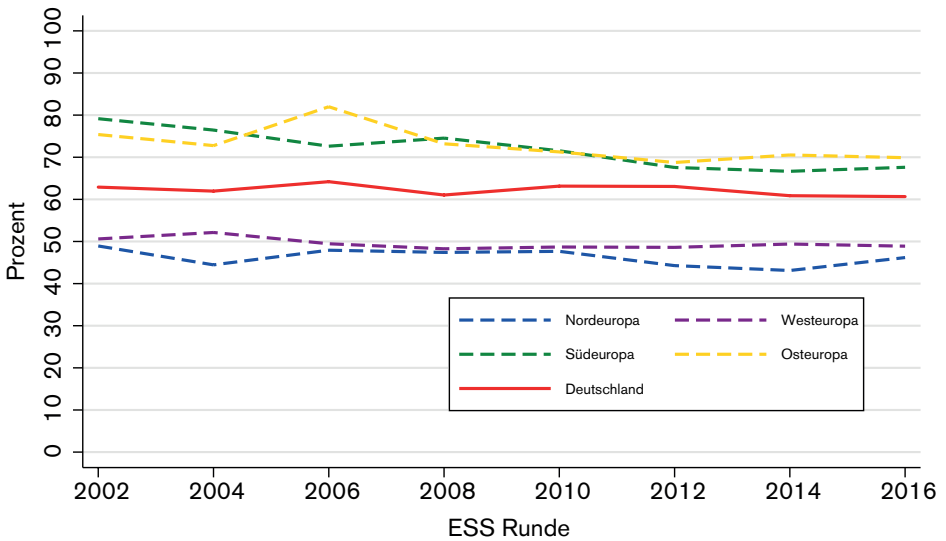
Das Vertrauen in andere Menschen hingegen, welches ebenfalls seit der ersten Runde im ESS abgefragt wird, hat in Europa insgesamt zugenommen – der Anteil derer, die nur wenig Vertrauen in ihre Mitmenschen haben, ist seit 2002 zurückgegangen, während der Anteil derjenigen, die anderen Menschen viel Vertrauen entgegen bringen, im beobachteten Zeitraum von 14 Jahren zunahm. In Deutschland zeigt sich diese Entwicklung in einer deutlichen Ausprägung – der Anteil „misstrauischer“ Menschen ging um über 10 Prozentpunkte zurück (Ergebnisse nicht dargestellt).

Abb. 6: Häufigkeit sozialer Kontakte



Frage: 'Wie oft treffen Sie sich mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen?'
 Anmerkungen: Anteil an Befragten, die sich mind. einmal pro Woche mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen treffen.
 ESS 2002–2016, gewichtete Daten ('pspwght' für DE, 'pspwght' & 'pweight' für Ländergruppen).

Abb. 7: Religionszugehörigkeit



Frage: 'Unabhängig davon, ob Sie Mitglied oder Angehöriger einer Kirche oder Religionsgemeinschaft sind, fühlen Sie sich einer bestimmten Religion oder Konfession zugehörig?'
 Anmerkungen: Anteil an Befragten, die sich einer Religion zugehörig fühlen.
 ESS 2002–2016, gewichtete Daten ('pspwght' für DE, 'pspwght' & 'pweight' für Ländergruppen).

Religiosität nach wie vor von Relevanz

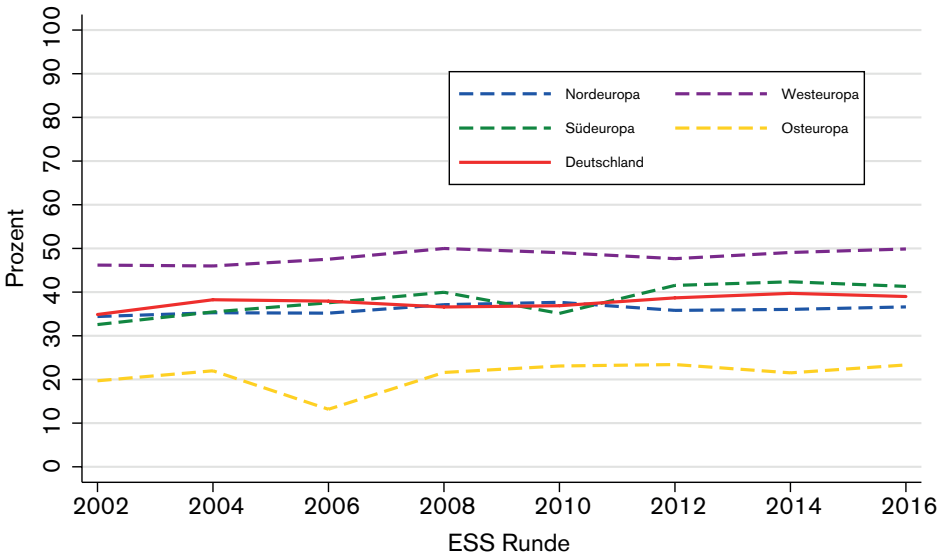
Glaubt man einer Vielzahl an Artikeln, scheint außer Frage zu sein, dass die Relevanz von Religion in Deutschland abgenommen hat und religiöse Riten immer weniger praktiziert werden (siehe z.B. Liermann, 2017).¹⁰ Auch der Skandal um vielfach vertuschte Fälle von Kindesmissbrauch führte zum Vertrauensverlust seitens der Angehörigen der katholischen Kirche (siehe z.B. Bohr, 2019).¹¹

Schaut man sich jedoch die deutschen Daten des ESS an, wird diese Behauptung keineswegs bestätigt: Die (gefühlte) Zugehörigkeit zu einer Religion (Abb. 7) ist in Deutschland im Zeitraum 2002-2016 nahezu unverändert. Auch die

Kirchgangshäufigkeit hat sich im gleichen Zeitraum nur leicht verändert.

Der Anteil der Befragten, die nie in die Kirche gehen, ist minimal gewachsen (Abb. 8). In Deutschland stieg er von etwa 35% auf knapp 40%. Ein Nachlassen der Präsenz von Religion im Allgemeinen kann somit – zumindest in Deutschland – an dieser Stelle nicht bestätigt werden. Zwar scheint es offensichtliche Unterschiede zwischen den Konfessionen zu geben, wenn es um den Besuch des Gottesdienstes geht, doch die Anzahl an Befragten in Deutschland, die einer anderen Religion als dem Christentum angehören, ist zu gering um hierüber verlässliche Aussagen treffen zu können. Im europäischen

Abb. 8: Kirchgangshäufigkeit



Frage: 'Abgesehen von besonderen Anlässen wie Hochzeiten und Beerdigungen, wie oft gehen Sie derzeit zum Gottesdienst?'
 Anmerkungen: Anteil an Befragten, die niemals den Gottesdienst besuchen.
 ESS 2002–2016, gewichtete Daten ('pspwght' für DE, 'pspwght' & 'pweight' für Ländergruppen).

Vergleich nimmt Deutschland hinsichtlich der gefühlten Religionszugehörigkeit eine mittlere Position ein. Diese fällt besonders hoch in Süd- und Osteuropa aus, in West- und Nordeuropa ist sie um gut 10 Prozentpunkte geringer. Auch bei der Kirchgangshäufigkeit befindet sich Deutschland im Mittelfeld Europas, zusammen mit den Ländern Nord- und Südeuropas. Am höchsten ist die Kirchgangshäufigkeit in Osteuropa: der Anteil derer, die angeben, niemals den Gottesdienst zu besuchen, beträgt hier um die 20 Prozent. Am geringsten ausgeprägt ist die Kirchgangshäufigkeit hingegen in den anderen westeuropäischen Ländern: hier geben fast 50 Prozent der Befragten an, niemals den Gottesdienst zu besuchen.

Unterteilt man die Befragten zusätzlich nach ihrem Alter, so zeigt sich, dass Befragte im Rentenalter den Gottesdienst am häufigsten besuchen. Allerdings bestätigt sich die Annahme, dass Religion insbesondere für junge Menschen an Bedeutung verliere, nicht. In der Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist die Kirchgangshäufigkeit seit Beginn des ESS sogar gestiegen und hat damit die Häufigkeit der Gruppe der älteren Erwachsenen überstiegen.

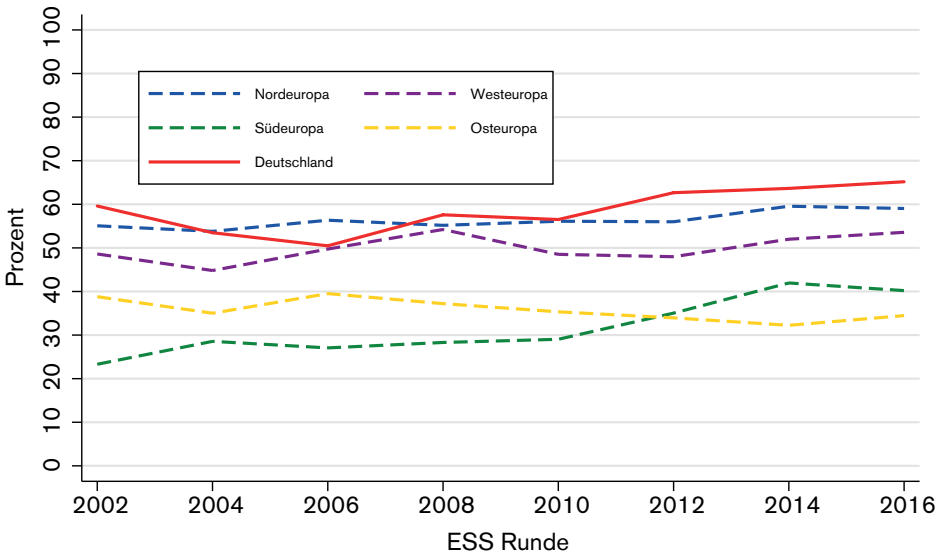
Politik

Politikverdrossenheit in Deutschland bleibt ein Mythos

Wenn sinkendes Interesse am politischen Geschehen oder ein Rückgang der Wahlbeteiligung zum Inhalt öffentlicher Diskussionen werden, wird als Ursache häufig eine vermehrte Politikverdrossenheit innerhalb der Bevölkerung ausgemacht. Dabei handelt es sich keineswegs um ein neues Phänomen, denn bereits gegen Ende des 20. Jahrhunderts wurde „Politikverdrossenheit“ gerne als Oberbegriff für verschiedenste Formen negativer Einstellungen gegenüber Politik eingesetzt (vgl. bpb, 2002).¹² Man geht davon aus, dass sich der Verdross, der durch Skepsis gegenüber oder Unzufriedenheit

mit der Politik verursacht werden kann, im Ausmaß politischer Partizipation niederschlägt. Mögliche Folgen sind ein sinkendes Partizipationsniveau, das sich in der Wahlbeteiligung oder den Parteimitgliedschaften niederschlägt. Hinsichtlich politischer Partizipation kann zwischen zwei Formen unterschieden werden: Einerseits institutionalisierte Partizipation, die in einem verfassten Rahmen des politischen Systems abläuft und andererseits nicht-institutionalisierte Partizipation, die außerhalb dieses Rahmens erfolgt. Der ESS bietet ausreichend Ansatzpunkte, um beide Formen gegenüberzustellen und zu untersuchen, ob sich die These einer zunehmenden Politikverdrossenheit in den Angaben der Befragten widerspiegelt. Trifft dies zu, lässt sich mit den Daten des ESS weiter ermitteln,

Abb. 9: Interesse an Politik



Frage: 'Wie sehr interessieren Sie sich für Politik?'
 Anmerkungen: Anteil derer, die sich 'ziemlich' oder 'sehr' für Politik interessieren.
 ESS 2002–2016, gewichtete Daten ('pspwght' für DE, 'pspwght' & 'pweight' für Ländergruppen).

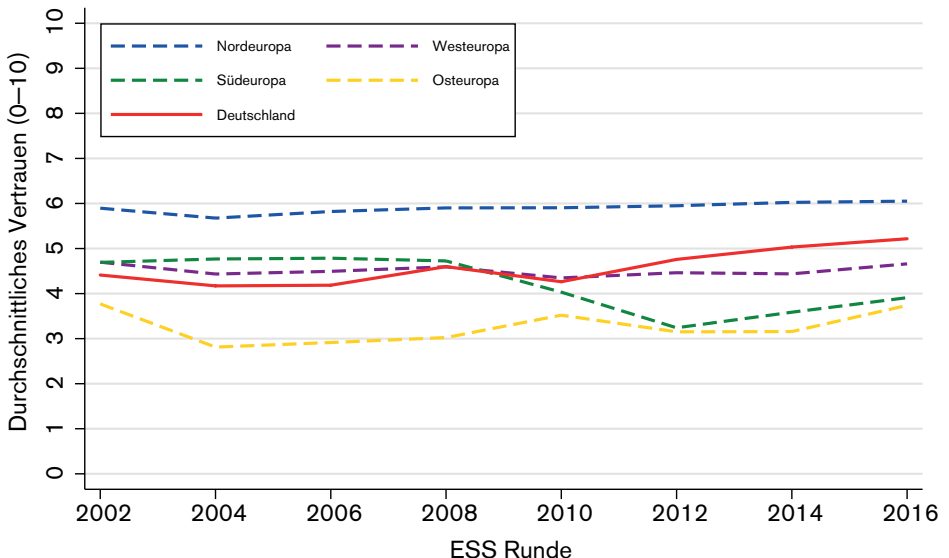
ob dies nur die institutionalisierte Teilhabe oder auch die nicht-institutionalisierte betrifft. Hinsichtlich einer Untersuchung der Politikverdrossenheit werden im ESS u.a. das Ausmaß an Interesse an der Politik, das Vertrauen in die Politik und die Zufriedenheit mit der Regierung abgefragt. Seit 2012 liegt das Interesse an Politik in Deutschland am höchsten im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern (Abb. 9).

Hier gaben zuletzt etwa 65% der deutschen Befragten an, sich ziemlich oder sehr für Politik zu interessieren. Am wenigsten Interesse am politischen Geschehen zeichnet sich in Süd- und Osteuropa ab, vor allem in Ungarn und Portugal (Ergebnisse nicht dargestellt). In Europa insgesamt ist das Interesse zwischen 2002 und 2016 geringfügig gestiegen.

Was das politische Vertrauen angeht, zeigten die deutschen Befragten insbesondere bis 2010 ein geringes bis mittleres Maß an Vertrauen in den Bundestag, welches im Durchschnitt unter dem theoretischen Skalenmittelpunkt 5 lag (Abb. 10). Doch auch hier wurde der Anteil derer, die dem Bundestag viel Vertrauen entgegenbringen, größer, während die Anzahl der Befragten, die wenig Vertrauen haben, zurückging (Ergebnisse nicht dargestellt).

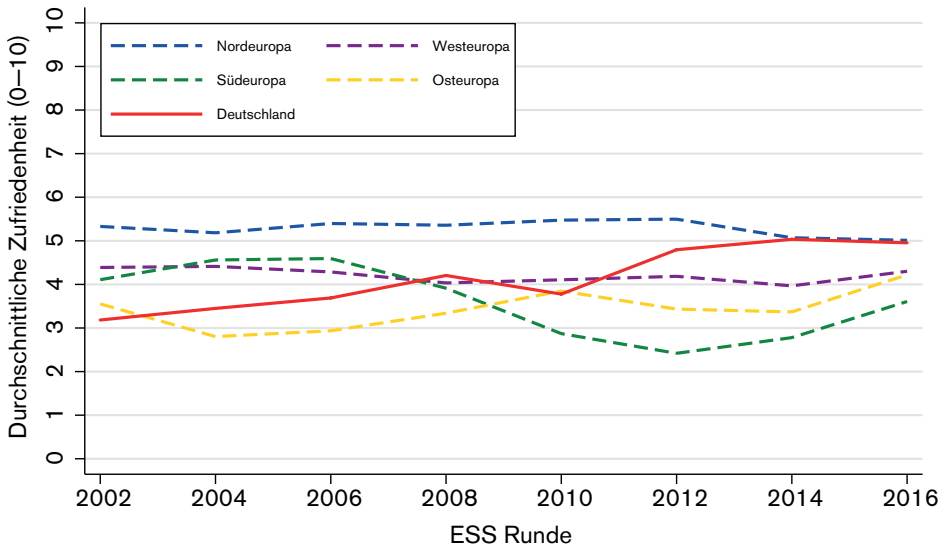
Im europäischen Vergleich bringen die Deutschen dem Bundestag ein ähnliches Ausmaß an Vertrauen entgegen wie die restlichen westeuropäischen Länder. In fast allen der beobachteten Länder ist das Vertrauen in den letzten paar Jahren gestiegen. Das größte Vertrauen in das nationale Parlament haben die Menschen

Abb. 10: Vertrauen in das nationale Parlament



Frage: 'Wie sehr vertrauen Sie persönlich dem [nationalen Parlament]?'
 ESS 2002–2016, gewichtete Daten ('pspwght' für DE, 'pspwght' & 'pweight' für Ländergruppen).

Abb. 11: Zufriedenheit mit der Regierung



Frage: 'Wenn Sie nun einmal an die Leistungen der Regierung [im Land] denken. Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie sie ihre Arbeit erledigt?'
 ESS 2002–2016, gewichtete Daten ('pspwght' für DE, 'pspwght' & 'pweight' für Ländergruppen).

in Nordeuropa, in Ost- und Südeuropa ist dieses vergleichsweise am geringsten.

Die Zufriedenheit mit der nationalen Regierung in Deutschland war zu Beginn des ESS 2002 im europäischen Vergleich die zweitniedrigste nach Polen (Abb. 11, Ergebnis aus Polen nicht dargestellt). Danach stieg sie mit Ausnahme von 2010 jährlich an, sodass sich Deutschland mittlerweile unter den fünf Ländern mit der höchsten Regierungszufriedenheit im europäischen Vergleich befindet. Die geringste Regierungszufriedenheit herrscht seit der Wirtschaftskrise 2008 in Südeuropa. Die Werte für Osteuropa liegen in 2016 hingegen auf einem vergleichbaren Niveau wie jene für Westeuropa.

Aufgrund der Tatsache, dass das Interesse an Politik europaweit am höchsten ist, das Vertrauen in den Bundestag zugenommen und auch die Zufriedenheit mit der Regierung kontinuierlich gestiegen ist, kann an dieser Stelle kein erhöhtes Maß an Politikverdrossenheit in Deutschland festgestellt werden. Dementsprechend ist es im nächsten Schritt von Interesse, die mithilfe des ESS erfassten Partizipationsniveaus zu beleuchten. Wie hat sich die Partizipation an Wahlen entwickelt? Sind institutionalisierte Formen politischer Teilhabe zurückgegangen? Oder hat sich politische Partizipation einfach auf eine weniger verfasste Ebene verlagert?

Fortbestehende Divergenzen zwischen berichteter und tatsächlicher Wahlbeteiligung

Zwischen den Bundestagswahlen 2002 und 2013 verzeichnete die (tatsächliche) Wahlbeteiligung in Deutschland einen merklichen Rückgang von 79,1% auf 71,5% (s. Tab. 1). Zwar stieg die Wahlbeteiligung im Jahr 2017 wieder an, doch mit einer Beteiligung von 76% liegt Deutschland teils deutlich hinter anderen europäischen Ländern wie bspw. Schweden (85,8%) (vgl. IDEA).¹³ Auch die Zahl der Mitglieder ist bei fast allen Parteien drastisch zurückgegangen – SPD und Grüne verloren bis 2016 im Vergleich zu 1990 circa die Hälfte an Mitgliedern, die CDU 45% und die FDP sogar fast 70% (Niedermayer, 2017).¹⁴

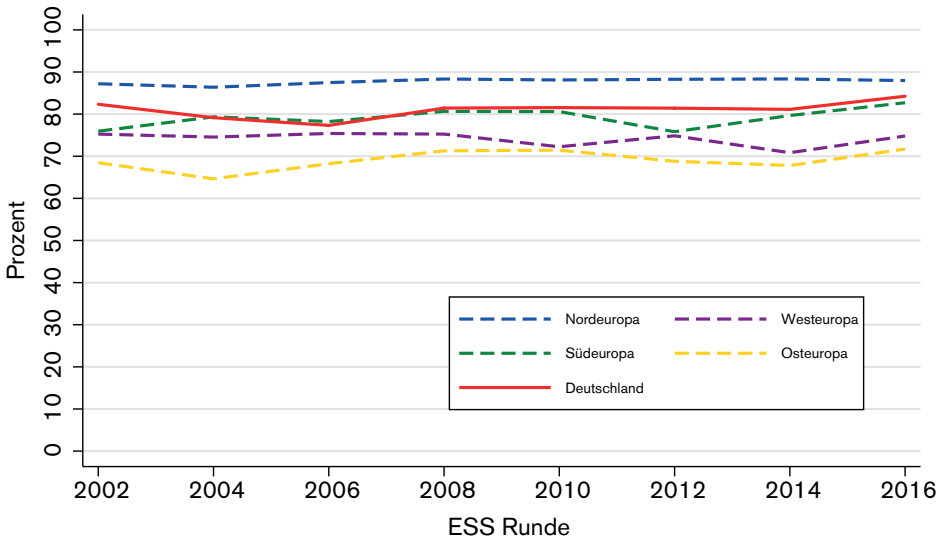
Zum Vergleich mit der offiziellen Wahlstatistik enthält der ESS eine Frage, die sich danach

erkundigt, ob die Befragten bei der letzten nationalen Wahl gewählt haben. Vergleicht man die in Abb. 12 für Deutschland abgetragenen Werte mit der in Tab. 1 dargestellten tatsächlichen Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen, so ist ersichtlich, dass die berichtete Beteiligung konstant über der tatsächlichen liegt. Dieses als „over-reporting“ bekannte Phänomen, also die übertriebene Berichterstattung im Zuge sozialer Erwünschtheit, bspw. auf Grund des Vorhandenseins einer Wahlnorm, tritt in Befragungen zur Wahlbeteiligung häufig auf und lässt sich auch in anderen Ländern erkennen: So lag z.B. die Wahlbeteiligung in Schweden bei der Wahl zum Reichstag im Jahr 2014 bei etwa 85%. In der darauffolgenden Runde des ESS gaben jedoch über 90% der schwedischen Befragten an, bei der letzten Wahl gewählt zu haben (Ergebnisse nicht dargestellt).

Tab. 1: Ergebnisse und Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2002-2017

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	AfD	Sonstige	Wahl- beteiligung
2017	32,9	20,5	10,7	8,9	9,2	12,6	5,0	76,2
2013	41,5	25,7	4,8	8,4	8,6		11,0	71,5
2009	33,8	23,0	14,6	10,7	11,9		6,0	70,8
2005	35,2	34,2	9,8	8,1	8,7		4,0	77,7
2002	38,5	38,5	7,4	8,6	4,0		3,0	79,1

Abb. 12: Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen



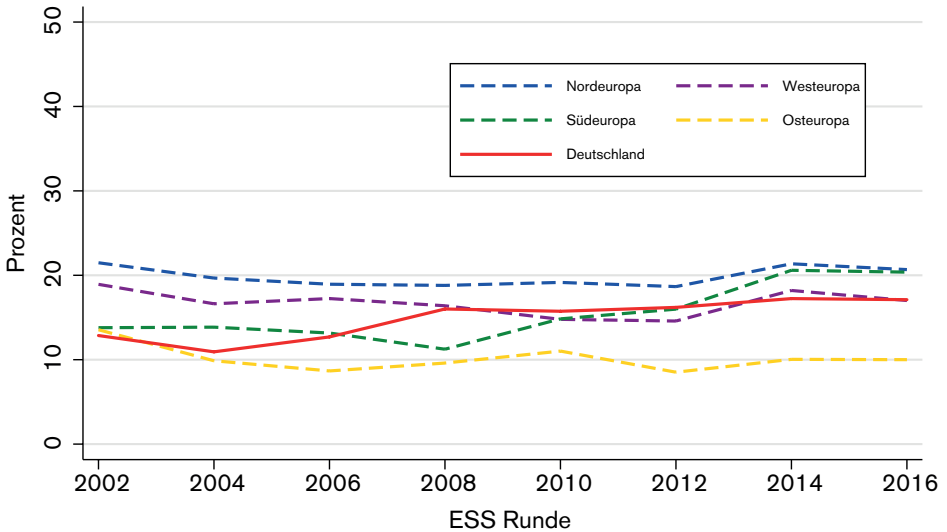
Frage: 'Manche Menschen gehen heutzutage aus verschiedenen Gründen nicht zur Wahl. Wie ist das bei Ihnen? Haben Sie bei der letzten [nationalen Wahl] gewählt?'
 Anmerkungen: Anteil derer, die angeben, bei der letzten nationalen Wahl gewählt zu haben.
 ESS 2002–2016, gewichtete Daten ('pspwght' für DE, 'pspwght' & 'pweight' für Ländergruppen).

Institutionalisierte Partizipation nimmt leicht zu

Neben der Teilnahme an Wahlen umfasst die institutionalisierte Teilhabe am politischen Geschehen viele weitere Aktivitäten. Entsprechend enthält der ESS ebenfalls Fragen danach, ob man in den vergangenen zwölf Monaten Kontakt zu Politiker*innen aufgenommen hat oder für eine politische Partei oder eine andere Organisation gearbeitet hat. Die Ergebnisse lassen sich zu einem Gesamtindex institutionalisierter politischer Partizipation zusammenfassen (Abb. 13). Während Deutschland in den ersten Runden des ESS (2002–2006) vergleichsweise geringe Niveaus

institutionalisierter Partizipation aufwies, befindet es sich seit 2008 auf einem relativ ähnlichen Niveau wie die Gruppe der verbleibenden westeuropäischen Länder. Ein vergleichsweise hohes Ausmaß an institutionalisierter Partizipation zeigen vor allem die skandinavischen Länder (Nordeuropa), wohingegen Osteuropa im Zeitverlauf sowie insgesamt die geringsten Niveaus aufweist. Obwohl die Partizipationsniveaus mit maximal 20% in Europa relativ gering ausfallen, sind sie in Deutschland (und sechs weiteren Ländern) von 2002 bis 2016 gestiegen. Diese Beobachtung stellt die These einer zunehmenden Verdrossenheit der Deutschen gegenüber Politik abermals in Frage.

Abb. 13: Institutionalisierte Partizipation



Frage: 'Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen?'
 Anmerkungen: Anteil derer, die in den letzten 12 Monaten Politiker kontaktiert oder für eine politische Gruppe gearbeitet haben
 ESS 2002–2016, gewichtete Daten ('pspwght' für DE, 'pspwght' & 'pweight' für Ländergruppen).

Nicht-institutionalisierte Partizipation mit leichtem Aufwärtstrend

Neben institutionalisierter Partizipation wie der Arbeit für eine politische Gruppe kann sich politische Teilhabe auch in nicht-institutionalisierter Form, wie bspw. dem Unterschreiben einer Petition oder dem Boykott eines Produktes, äußern. Durch eine Betrachtung der Entwicklung nicht-institutionalisierter Partizipation soll im Folgenden überprüft werden, ob sich die oftmals zu vernehmende These einer zunehmenden Politikverdrossenheit für diese Form politischer Teilhabe bestätigen lässt. Fasst man alle im ESS abgefragten Möglichkeiten der nicht-institutionalisierten politischen Teilhabe (Teilnahme an

Demonstrationen, Unterschreiben einer Petition, Boykott eines Produktes, Anbringen eines Abzeichens einer politischen Kampagne) als Index zusammen, wird ersichtlich, dass die Niveaus nicht-institutionalisierter Partizipation für sämtliche Ländergruppen über jenen für die zuvor diskutierte institutionalisierte Partizipation liegen (Abb. 14).ⁱ Mit Ausnahme der Ergebnisse für Westeuropa fallen die Niveaus nicht-institutionalisierter Partizipation im Jahr 2016 zudem überall höher aus als dies noch im Jahr 2002 der Fall gewesen ist. Dieser Befund gilt auch für Deutschland, das einen Anstieg von circa zehn Prozentpunkten im genannten Zeitraum verzeichnet.

ⁱ Hierbei ist zu beachten, dass der Index für nicht-institutionalisierte Partizipation aus einer größeren Anzahl an Items besteht, was die direkte Vergleichbarkeit der Befunde einschränkt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass auf Grundlage der Daten des ESS nicht von einer zunehmenden Politikverdrossenheit der Deutschen gesprochen werden kann. Während die berichtete Wahlbeteiligung über den gesamten Zeitraum von 2002 bis 2016 relativ stabil ist, so zeigt sich für die institutionalisierte und die nicht-institutionalisierte Partizipation sogar ein leichter Anstieg in den Niveaus politischer Teilhabe. Diese Befunde beschränken sich nicht nur auf Deutschland, sondern können mit wenigen Ausnahmen auch allgemein auf die verbleibenden Ländergruppen des ESS übertragen werden.

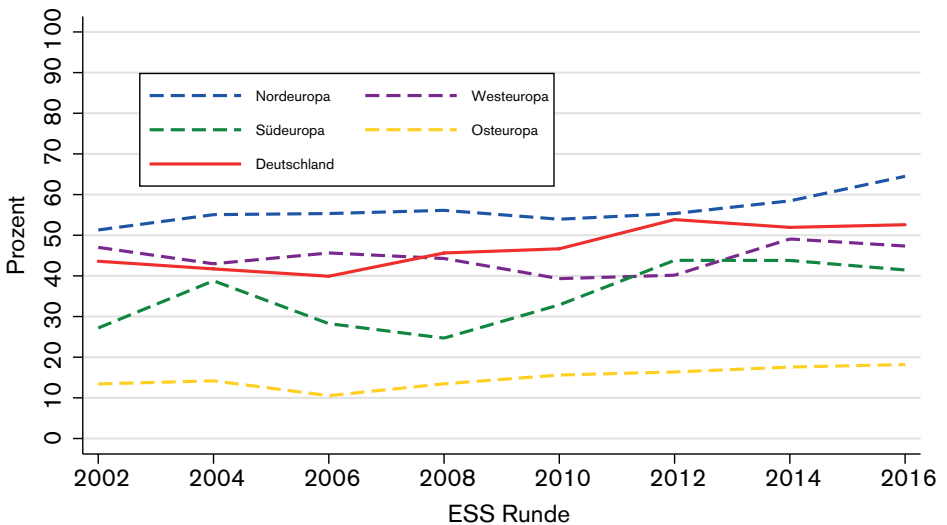
Fortschreitende politische Polarisierung?

Unabhängig von konkreten Wahlergebnissen finden sich in der medialen Berichterstattung vermehrt Verweise auf eine zunehmende

politische Polarisierung oder einen in Deutschland stattfindenden „Rechtsruck“, der im politischen Geschehen, aber auch im gesellschaftlichen Umgang deutlich spürbar sei (siehe z.B. Spiegel, 2018).¹⁷

Um die These der politischen Polarisierung bzw. eines anhaltenden „Rechtsrucks“ auf Grundlage der ESS Daten genauer zu beleuchten, erscheint es sinnvoll, zunächst einen Blick auf die in Tab. 1 dargestellten Ergebnisse der letzten Bundestagswahlen zu werfen. Zwar decken die hier behandelten ESS Daten für Deutschland lediglich den Zeitraum bis Anfang 2017 ab, jedoch ist es sicherlich interessant, die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl 2017 miteinzubeziehen, da die in der achten Runde des ESS (2016) erfassten Einstellungen womöglich bereits relevant für deren Ausgang gewesen sein könnten.

Abb. 14: Nicht–institutionalisierte Partizipation



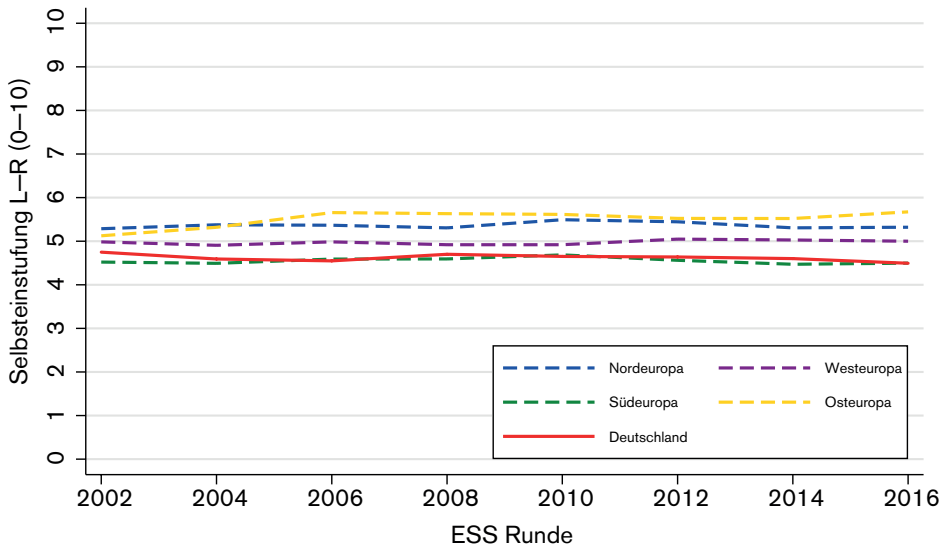
Frage: 'Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen?'
 Anmerkungen: Anteil derer, die in den letzten 12 Monaten eine Petition unterzeichnet, an einer Demonstration teilgenommen, ein politisches Abzeichen getragen oder bestimmte Produkte boykottiert haben.
 ESS 2002–2016, gewichtete Daten ('pspwght' für DE, 'pspwght' & 'pweight' für Ländergruppen).

Während CDU/CSU und SPD im Jahr 2002 noch identische Stimmenanteile auf sich vereinten, so verlor seitdem insbesondere die SPD deutlich an Stimmen. Die FDP erreichte 2013 erstmals seit 1949 nicht genug Stimmen, um in den Bundestag einzuziehen. Bei der Wahl in 2017 erreichte sie hingegen wieder mehr Stimmen als dies zu Beginn des Betrachtungszeitraums in 2002 der Fall war. Während Bündnis 90/Die Grünen von 2002 bis 2017 relativ konstante Wahlergebnisse aufweisen, gewann Die Linke in diesem Zeitraum an Wähler*innen und konnte ihren Stimmenanteil von 4% im Jahr 2002 auf 9,2% bei der

letzten Bundestagswahl erhöhen. Eine weitere, weitreichende Veränderung im deutschen Parteiensystem stellt zudem die Entwicklung der AfD dar, welche 2017 mit einem Stimmenanteil von 12,6% erstmalig in den Bundestag einziehen konnte.

Betrachtet man die jeweiligen Grundvorstellungen der einzelnen Parteien, lassen sich über den Zeitraum der betrachteten Bundestagswahlen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und die SPD links von der Mitte einordnen, wobei Die Linke ideologisch konstant am weitesten links liegt. Hingegen sind FDP, CDU, CSU und AfD rechts der Mitte einzuordnen, wovon die AfD ideologisch eindeutig am

Abb. 15: Selbsteinstufung auf dem Links–Rechts Spektrum



Frage: 'In der Politik spricht man manchmal von 'links' und 'rechts'. Wo auf der Skala würden Sie sich selbst einstufen, wenn 0 für links steht und 10 für rechts?'
 ESS 2002–2016, gewichtete Daten ('pspwght' für DE, 'pspwght' & 'pweight' für Ländergruppen).

weitesten rechts einzuordnen ist (Infratest, 2015).¹⁸ Die beiden Parteien Die Linke und AfD liegen ideologisch am weitesten voneinander entfernt und verzeichneten im Vergleich zum Jahr 2002 jeweils deutliche Zuwächse in ihren Stimmenanteilen. Somit lässt sich vermuten, dass auch die ideologischen Verortungen der Wähler*innen innerhalb der Gesellschaft weiter auseinandergedriftet sind.

Zur Überprüfung dieser Vermutung soll im Folgenden die persönliche Selbsteinstufung der Befragten auf dem ideologischen Links-Rechts-Kontinuum herangezogen werden (Abb. 15). Obwohl sich die Befragten auf einer 11-Punkt Skala einordnen konnten, zeigen die abgetragenen Durchschnittswerte eine auffallende Tendenz zur ideologischen Mitte (Skalenwert 5). Dieser Befund gilt einheitlich für alle betrachteten Ländergruppen, wobei sich Befragte aus Ost- und Nordeuropa im Durchschnitt ideologisch marginal weiter rechts verorten als in West- und insbesondere Südeuropa. Auffällig ist weiterhin, dass sich kaum zeitliche Veränderungen in der ideologischen Verortung der Befragten offenbaren.

In Deutschland liegt die ideologische Verortung über die acht Runden des ESS hinweg zwischen einem Durchschnittswert von 4 und 5, womit sich die deutsche Bevölkerung als marginal links von der ideologischen Mitte einstufen lässt. Da Durchschnittswerte in Zusammenhang mit politischer Polarisierung jedoch wenig aussagekräftig sind, soll zusätzlich ein Blick auf mögliche extreme Einschätzungen geworfen werden. Die genauere Betrachtung der Antworten der Befragten zeigt, dass sich die Anzahl derer, die sich in der ideologischen Mitte einordnen (Werte 4-6), im Zeitraum von 2002 bis 2016 nahezu nicht verändert hat. In der Mitte finden sich außerdem mit Abstand die meisten Befragten (59-62%). Weiterhin ist die Anzahl derer, die sich links von der Mitte einschätzen (Werte 0-3), leicht gestiegen und die Anzahl derer, die sich rechts von der Mitte einordnen (7-10), leicht gesunken. Anhand der geschilderten Befunde lassen sich keine empirischen Hinweise für eine ideologische Polarisierung oder gar einen „Rechtsruck“ innerhalb der deutschen Gesellschaft finden.

Fazit

Ziel der vorliegenden Broschüre war es, einen Überblick über die aktuellen Niveaus einiger zentraler politischer, gesellschaftlicher und normativer Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger*innen in Deutschland und Europa zu liefern und deren Entwicklung seit Beginn des 21. Jahrhunderts zu beleuchten. Als empirische Datengrundlage dienten hierbei die Daten des European Social Surveys (ESS), welcher seit dem Jahr 2002 regelmäßig in einer Vielzahl europäischer Länder durchgeführt und wiederholt wird. Der ESS bietet durch seine inhaltliche Beständigkeit und geographische Reichweite, aber auch durch die aktualitätsbezogenen Themen der Wechselmodule die Möglichkeit, die Einstellungen und das Handeln von Menschen in mehr als 30 Ländern Europas kontinuierlich zu erfassen und zu vergleichen. So kann einerseits das Verständnis ökonomischer Zufriedenheit, sozialer Ungleichheit oder der politischen Stimmung im Land verbessert werden, andererseits kann ein Vergleich zwischen einer Vielzahl kulturell und institutionell mitunter sehr heterogener Länder hergestellt werden und sozialer Wandel in Europa insgesamt besser nachvollzogen werden.

Die in dieser Broschüre dargestellten Ergebnisse aus den drei Bereichen Wirtschaft, Soziales und Politik zeugen sowohl von Wandel als auch Kontinuität in den Einstellungen und Verhaltensweisen deutscher und europäischer Bürger*innen. Im Bereich der Wirtschaft zeigt sich im Zeitraum 2002-2016 ein merklicher

Anstieg in der Zufriedenheit der deutschen Bürger*innen mit der wirtschaftlichen Situation ihres Landes. Auch die Zufriedenheit mit dem eigenen Haushaltseinkommen verzeichnet einen leichten Zuwachs. Gleichzeitig mit den tendenziell positiven Entwicklungen im wirtschaftlichen Bereich geht eine stärker werdende Befürwortung staatlicher Umverteilungsmaßnahmen zur Reduzierung bestehender Einkommensunterschiede einher. Hinsichtlich der Zufriedenheit mit der nationalen Wirtschaft und dem Haushaltseinkommen nimmt Deutschland eine Führungsposition im europäischen Vergleich ein.

Bei der Befürwortung staatlicher Umverteilung liegt Deutschland zusammen mit anderen west- und osteuropäischen Ländern im Mittelfeld. Im Bereich Soziales wurden insbesondere Aspekte und Herausforderungen des sozialen Zusammenhalts diskutiert. Hierbei zeigte sich, dass die deutschen Befragten im Zeitverlauf eine zunehmend positive Einschätzung zu den allgemeinen und wirtschaftlichen Auswirkungen von Immigration aufweisen. Im europäischen Vergleich zählt Deutschland durchschnittlich zu den immigrationsfreundlichsten Ländern Europas, wohingegen insbesondere in Osteuropa vermehrt negative Folgen von Immigration wahrgenommen werden.

Die Häufigkeit sozialer Kontakte als Indiz für soziale Isolation ist in Deutschland im Zeitverlauf relativ stabil. Im Zeitverlauf von 2002-2016 geben in etwa 60% der Befragten an, sich mindestens einmal pro Woche mit anderen Personen privat zu

treffen. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit im unteren Mittelfeld, die Häufigkeit sozialer Kontakte fällt nur in Osteuropa geringer aus. Weitestgehende Stagnation zeigt sich ferner auch für religiöse Aspekte als Anzeichen sozialer Zugehörigkeitsgefühle.

Sowohl die gefühlte Religionszugehörigkeit als auch die Kirchengangshäufigkeit sind in Deutschland von 2002-2016 von eindrucksvoller Konstanz geprägt und deuten keineswegs auf eine breite Loslösung von traditionellen oder religiösen Werten hin. Hinsichtlich beider Aspekte nimmt Deutschland im europäischen Vergleich eine mittlere Position ein. Im Bereich Politik zeigen sich entgegen der im Alltag häufig zu vernehmenden Klagen über eine zunehmende Politikverdrossenheit der Bürger eher Anzeichen für eine zunehmende Politisierung und Mobilisierung der Bürger*innen. Sowohl das politische Interesse als auch die Zufriedenheit mit der Regierung haben über die Zeit zugenommen. Das Vertrauen in den Bundestag ist im Zeitverlauf hingegen relativ konstant. Beim politischen Interesse und der Regierungszufriedenheit nimmt Deutschland inzwischen eine Spitzenposition ein, das Ausmaß politischen Vertrauens fällt nur in Nordeuropa höher aus. Auch bei der politischen Partizipation zeigen sich letztlich Wandel und Kontinuität.

Während die berichtete Wahlbeteiligung im Zeitverlauf relativ konstant ist, zeigt sich sowohl für die institutionalisierte als auch die nicht-institutionalisierte Partizipation ein leichter Aufwärtstrend. Bei der berichteten Wahlbeteiligung liegt

Deutschland nach Nordeuropa an zweiter Position, bei der institutionalisierten und nicht-institutionalisierten auf einem Niveau mit den anderen westeuropäischen Ländern. Letztlich lassen sich im politischen Bereich ebenfalls keine Hinweise auf eine zunehmende politische Polarisierung innerhalb der deutschen Gesellschaft finden. Die Verortung der Befragten auf dem ideologischen Links-Rechts Spektrum ist im Zeitverlauf sehr stabil, was ebenso für das Ausmaß rechter oder linker Extrempositionen gilt. Im europäischen Vergleich befindet sich Deutschland zusammen mit Südeuropa leicht links der ideologischen Mitte, wohingegen die osteuropäischen Länder leicht rechts der Mitte zu verorten sind.

Insgesamt deuten die hier betrachteten Aspekte auf eine Vielzahl interessanter Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger*innen in Deutschland und Europa hin. Die hier gezeigten Befunde leisten einen wertvollen Beitrag zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Debatten und liefern einen informativen Einblick in die „Besonderheit“ der Einstellungen und Verhaltensweisen der deutschen Bevölkerungen im Vergleich mit europäischen Nachbarn aus verschiedenen Regionen. Auch in Zukunft kann der ESS als langfristig angelegte Studie als wichtige Informationsquelle zur Erforschung sozialen Wandels in Europa dienen und wertvolle Erkenntnisse für eine nachhaltige Politikgestaltung in Deutschland und Europa liefern.

Endnotes

¹ OECD. (2018a): Gross domestic product (GDP) (indicator). doi: 10.1787/dc2f7aec-en [letzter Zugriff am 16.03.2020].

² Bundesagentur für Arbeit. (n.d.): Arbeitslosenquote in Deutschland im Jahresdurchschnitt von 2004 bis 2020. Statista - Das Statistik-Portal. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1224/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-seit-1995/> [letzter Zugriff am 16.03.2020].

³ OECD. (2018b): Household disposable income (indicator). doi: 10.1787/dd50eddd-en [letzter Zugriff am 16.03.2020].

⁴ OECD. (2018c): Inflation (CPI) (indicator). doi: 10.1787/eee82e6e-en [letzter Zugriff am 16.03.2020].

⁵ Eurostat. (2020): Gini coefficient of equivalised disposable income - EU-SILC survey. bit.ly/GINI2020 [letzter Zugriff am 16.03.2020].

⁶ OECD. (2018d): Gender wage gap (indicator). doi: 10.1787/7cee77aa-en [letzter Zugriff am 16.03.2020].

⁷ Eurostat. (2018): Immigration by age group, sex and citizenship. bit.ly/ImmigrationEU18 [letzter Zugriff am 16.03.2020].

⁸ Beck, Ulrich. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Berlin: Suhrkamp Verlag.

⁹ Putnam, Robert D. (2000): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon and Schuster.

¹⁰ Liermann, Sandra. (2017): Leben ohne Gott: Was passiert, wenn die Kirchen immer kleiner werden? Augsburgere Allgemeine, 24.11.2017. <https://www.augsburger-allgemeine.de/kultur/Leben-ohne-Gott-Was-passiert-wenn-die-Kirchen-immer-kleiner-werden-id43336931.html> [letzter Zugriff am 16.03.2020].

¹¹ Bohr, Felix. (2019): Sexueller Missbrauch durch katholische Priester ist ein anhaltendes Problem.

¹² Spiegel Online, 03.07.2019. <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/katholische-kirche-missbrauchsvorwuerfe-gegen-geistliche-sind-nicht-ruecklaeufig-a-1275587.html> [letzter Zugriff am 16.03.2020].

Endnotes

¹³ Bundeszentrale für politische Bildung (2002): Politikverdrossenheit in Ost und West? <http://www.bpb.de/apuz/25610/politikverdrossenheit-in-ost-und-west?p=all> [letzter Zugriff am 16.03.2020].

¹⁴ IDEA – International Institute for Democracy and Electoral Assistance. (n.d.): Voter Turnout by Election Type: Sweden. Voter Turnout Database. Von <https://www.idea.int/data-tools/country-view/261/40> [letzter Zugriff am 16.03.2020].

¹⁵ Niedermayer, Oskar. (2017): Parteimitglieder in Deutschland: Version 2017. Freie Universität Berlin.

¹⁶ Deutscher Bundestag. (n.d.): Bundestagswahlergebnisse seit 1949 – Zweitstimmen.

¹⁷ https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949/244692 [letzter Zugriff am 16.03.2020].

¹⁸ Bundeswahlleiter. (n.d.): Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen in Deutschland von 1949 bis 2017. Statista - Das Statistik-Portal. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2274/umfrage/entwicklung-der-wahlbeteiligung-bei-bundestagswahlen-seit-1949/> [letzter Zugriff am 16.03.2020].

¹⁹ Spiegel (2018): Zwei Drittel der Deutschen beklagen Rechtsruck und Verrohung. Spiegel Online, 27.07.2018. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschland-zwei-drittel-beklagen-rechtsruck-und-verrohung-a-1220477.html> [letzter Zugriff am 16.03.2020].

²⁰ Infratest (2015): AfD rückt nach rechts, CDU nach links. Die Positionierung der politischen Parteien im Links-Rechts-Kontinuum. https://www.infratest-dimap.de/uploads/media/LinksRechts_Nov2015_01.pdf [letzter Zugriff am 16.03.2020].

Über den ESS

Der European Social Survey ist ein European Research Infrastructure Consortium (ESS ERIC), das länderübergreifende Daten zu Einstellungen und Verhaltensweisen der europäischen Bevölkerungen frei zur Verfügung stellt.

Der ESS ist eine sozialwissenschaftliche Studie, die seit 2001 europaweit erhoben wird. Die ESS-Datensätze enthalten Informationen von fast 350.000 vollständigen Interviews, die alle zwei Jahre mit zufällig ausgewählten Querschnittsstichproben erhoben werden. Die Studie misst Einstellungen, Überzeugungen und Verhaltensmuster der unterschiedlichen Bevölkerungen aus mehr als 30 Nationen.

ESS Themen

- Vertrauen in Institutionen
- Politisches Engagement
- Soziopolitische Werte
- Moralische und soziale Werte
- Soziales Kapital
- Soziale Exklusion
- Nationale, ethnische und religiöse Identität
- Wohlbefinden, Gesundheit und Sicherheit
- Demographische Zusammensetzung
- Bildung und Beruf
- Finanzielle Umstände
- Haushaltsbezogene Umstände
- Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat
- Vertrauen in Strafjustiz und Polizei
- Formen und Erfahrungen von Altersdiskriminierung
- Staatsbürgerschaft, Partizipation und Demokratie
- Immigration
- Familie, Arbeit und Wohlbefinden
- Wirtschaftsmoral
- Lebensplanung und -führung

Nähere Informationen über das ESS ERIC und den Datenzugang unter: www.europeansocialsurvey.org

Nähere Informationen zum Wohlbefinden in Europa auf unserer speziell erstellten ESS Seite: www.esswellbeingmatters.org

Folgen Sie dem ESS auf Twitter:
[@ESS_Survey](https://twitter.com/ESS_Survey) | [@EssDeutschland](https://twitter.com/EssDeutschland)

Veröffentlicht durch das European Social Survey ERIC
City, University of London
Northampton Square
London
EC1V 0HB
Vereinigtes Königreich

April 2020

Der ESS wurde 2013 mit dem Status als European Social Survey Research Infrastructure Consortium (ERIC) ausgezeichnet. Während der 8. Welle hatte das ESS ERIC 17

Mitgliedsländer:

Belgien, Deutschland, Estland, Frankreich, Irland, Italien, Litauen, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich.

Die internationalen Beiräte des ESS ERIC bestehen aus dem **Methods Advisory Board (MAB)**, dem **Scientific Advisory Board (SAB)** und dem **Finance Committee (FINCOM)**.

Der Hauptsitz des ESS ERIC

befindet sich in London an der City, University of London.

Das ESS ERIC Core Scientific Team

besteht aus: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (Deutschland), NSD – Norwegian Centre for Research Data (Norwegen), SCP – The Netherlands Institute for Social Research (Niederlande), University of Essex (Vereinigtes Königreich), Universidad Pompeu Fabra (Spanien), University of Ljubljana (Slowenien).

Das National Coordinators' (NC)

Forum setzt sich aus ESS NCs aller teilnehmenden Länder zusammen.

